



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Umwelt, Landwirtschaft
und Energie

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes
Sachsen-Anhalt · Postfach 3762 · 39012 Magdeburg

Die Ministerin

Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft
Frau Bundesministerin
Julia Klöckner
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Ackerland in Bauernhand – Initiative für einen gerechten Bodenmarkt

Magdeburg, 28. Mai 2021

Sehr geehrte Frau Klöckner,

Ihr Schreiben vom 11. April 2021 habe ich mit Interesse zur Kenntnis
genommen.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass es einen hohen Handlungsdruck gibt, den
negativen Entwicklungen auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt
entgegenzuwirken und alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu
nutzen, um unsere örtliche Landwirtschaft zu schützen und zu stärken. Die
statistischen Zahlen der Preisentwicklung sprechen da für sich. Darüber
hinaus weist der Grundstücksmarktbericht Sachsen-Anhalt 2021 die Tendenz
auf, dass seit 2016 weniger landwirtschaftliche Flächen gehandelt werden.
Das bereitet mir ebenfalls Sorge.

Dem Handlungsdruck hat sich, wie Ihnen bekannt ist, Sachsen-Anhalt bereits
gestellt. Ich erinnere nur an meine Bundesratsinitiative für Verbesserungen in
der Bodenmarktpolitik aus 2019 und das Agrarstrukturgesetz Sachsen-
Anhalt, das Dank fehlender Bereitschaft Ihrer Partei leider nicht mehr in
dieser Legislatur verabschiedet werden konnte. Es ist daher wenig
zielführend, mir Untätigkeit vorzuwerfen. Ich plädiere dafür, zu mehr

Informationen zum Datenschutz
finden Sie unter:
<http://lsauri.de/DatenschutzMULE>
Auf Wunsch werden diese
Informationen in Papierform
versandt.

Leipziger Straße 58
39112 Magdeburg
Tel.: 0391 56701
Fax: 0391 5671727
E-Mail: [poststelle@
mule.sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle@mule.sachsen-anhalt.de)
www.mule.sachsen-anhalt.de

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

Landeshauptkasse
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
Filiale Magdeburg
BIC: MARKDEF1810
IBAN: DE21 8100 0000 0081
0015 00

Sachlichkeit zurückzukehren und die Probleme nun endlich gemeinsam anzugehen.

Für unsere gemeinsamen Bemühungen erscheint es mir allerdings nicht hilfreich, statistisch nicht belegbare Zahlen, wie die 60 % Nichtlandwirte und Investoren bei der Eigentumsstruktur bei Agrarflächen oder die 75 % bei den nichtangezeigten Pachtverträgen, als Begründung heranzuziehen. Pauschalierung einzelner wissenschaftlicher Abhandlungen helfen in der Sache nicht weiter. Wir sollten hier bei den aktuell greifbaren Fakten bleiben.

Das gilt auch für die von Ihnen angesprochenen komplexen Bereiche des Vollzugs und der Erneuerung des Bodenverkehrsrechts in den Ländern, die regelmäßig in der gemeinsamen Bund-Länder-Initiative Landwirtschaftlicher Bodenmarkt (BLILB) erörtert werden. Nicht belegbare Behauptungen der Nichtanwendung geltenden Rechts bzw. der Untätigkeit sind der Sache wenig dienlich.

Ich stimme Ihnen zu, dass das Bodenverkehrsrecht erneuert werden muss. Wir benötigen Regelungen zu Anteilskäufen mit Agrarflächen, eine bußgeldbewehrte Anzeigepflicht im Landpachtverkehrsbereich und verschärfte Regelungen gegen Preismissbrauch – so wie wir das alles bereits im Agrarstrukturgesetz Sachsen-Anhalt vorgesehen hatten.

Zentraler Punkt im neuen Bodenverkehrsrecht ist für mich die Regelung der Anteilserwerbe. Die damit verbundene Transparenz- und Signalwirkung der Regelung bedarf aber der dringenden bundesgesetzlichen Begleitung. Nur wenn der Bund bereit ist, die Anreizwirkung des Grunderwerbsteuergesetzes für Anteilserwerbe zu beseitigen, werden die Länder hier wirklich erfolgreich sein können. Leider sieht der nun beschlossene Gesetzentwurf lediglich eine Absenkung der Schwelle von 95 % auf 90 % vor. Damit wird das Ziel nicht erreicht und das Gesetz bleibt ein zahnloser Tiger.

Im Interesse der Länder erwarte ich von Ihnen dort mehr zielgerichtetes und ergebnisorientiertes Handeln. Das gilt auch für die von Ihnen angesprochene Abschaffung der doppelten Grunderwerbssteuer bei Ausübung des Vorkaufsrechts nach Reichssiedlungsgesetz. Auch hierzu hatte Sachsen-Anhalt die Bundesregierung schon ergebnislos aufgefordert.

Eine erneute Überarbeitung des Gesetzes ist also unbedingt erforderlich, um der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft im Grunderwerbsteuergesetz ausreichend Rechnung zu tragen und zukünftig steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die wirklich helfen, den weiteren Ausverkauf der Landwirtschaft an Kapitalanleger wirksam einzudämmen.

Die weiteren von Ihnen mit der Initiative für einen gerechten Bodenmarkt angesprochenen Themen sollten wie bisher in der BLILB weiter erörtert und vertieft werden.

Ein Schwerpunkt sollte dabei insbesondere auch die Unterstützung von Landwirten und Existenzgründern bei der Suche nach landwirtschaftlichen Flächen sein. Hier würde ich es ausdrücklich begrüßen, wenn Sie den Ansatz eines Fonds auf Bundesebene intensiv weiterverfolgen würden. Auch wäre es sehr hilfreich, wenn das Thema des Erwerbs von Agrarimmobilien durch Finanzinstitute im Nachgang zur gemeinsamen Erklärung der BLILB vom 18.11.2020 weitere Begleitung auf Bundesebene erfahren und damit auch entsprechende Wirkung entfalten könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Claudia Dalbert